

# Bayer Industry Services: Verunsicherung geht weiter

Zur außerordentlichen Betriebsversammlung des Standort-Betriebsrats

kamen 1000 Mitarbeiter / Zukunft der BIS bleibt unklar

Von Karl-Gerhard Deußen

Die Verunsicherung bei den Mitarbeitern von Bayer Industry Services (BIS) geht weiter. Auch nach einer langen außerordentlichen Betriebsversammlung, zu der gestern der Standort-Betriebsrat in den Bay-Treff geladen hatte. Knapp 1000 Bayer-Beschäftigte waren gekommen, etwa 80 Prozent von ihnen waren BIS-Mitarbeiter. Unter anderem ging es um die 400 Mitarbeiter der Technischen Dienste und 70 des Werksschutzes. Ein Mitarbei-

ter vor dem Tor: „Die Unsicherheit geht weiter. Wir wissen nicht, wo wir hingehören.“

Denn die Dienste sollen selbstständig, der Werksschutz soll verkauft werden. Mit den Forderungen verbunden, sagen die Uerdinger Betriebsratsvorsitzende Petra Kronen und ihr Stellvertreter Lothar Delmes, „ist ein Verlust der Arbeitsplatzsicherheit und beim Lohn.“ Für die BIS hatte in der nichtöffentlichen Betriebsversammlung - zeitgleich auch an den anderen vier Bayer-Standorten - Birgit Blankenmey-

er-Menge, Mitglied der Geschäftsführung, die Situation erläutert.

Nachdem der Gesamtbetriebsrat am 20. Dezember bereits die Lage aus seiner Sicht beschrieben hatte (WZ berichtete), sagten Kronen und Delmes gestern, das die vom Betriebsrat beauftragte „Isa-Consult“ weitere Infos und Zahlen bräuchte. Deshalb sei gestern nur ein Zwischenergebnis vorgestellt worden. Die Zahlen, die BIS zur wirtschaftlichen Lage genannt habe, würden von den bisherigen Zahlen der Beratungs-

gesellschaft abweichen und seien für den Betriebsrat „nicht nachzuvollziehen, ebenso wie die vorgeschlagenen Handlungsgrundlagen“, sagen Kronen und Delmes.

Der Betriebsrat verlange von der BIS, zu getroffenen Absprachen zurückzukehren, z.B. Erhalt des Personalverbundes, aus der Lanxess - neben Bayer BIS-Gesellschafter - ausgestiegen sei. „Lanxess will dem Verbund nur beitreten, wenn wir vorher schon unsere Zustimmung geben zur 35-Stunden-Woche mit der ent-

sprechenden Lohnabsenkung und zur pauschalen Einsparung von 25 Millionen Euro bis 2008“, erläutert Kronen. „Wir wollen Antworten zum BIS-Geschäftsplan bis 2009. Wir sehen für Ausgliederung und Verselbstständigung keine zwingenden Argumente. Wir wollen erst prüfen, inwieweit die Wirtschaftlichkeit von BIS intern wiederhergestellt werden kann.“ Sie sagt aber auch: „Wenn Beschäftigung gesichert wird, sind wir zu Zugeständnissen bereit, etwa bei der Arbeitszeit oder den Löhnen.“